

## Fragen

**für die Fragestunde der 84. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 4. Februar 2015**

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	3, 38	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) .....	18, 19	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	24, 29
Bellmann, Veronika (CDU/CSU) .....	10	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	20, 32
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	11, 33	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	27
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	36, 37	Kunert, Katrin (DIE LINKE.) .....	12, 13
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	30, 31	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.) .....	34, 35	Leidig, Sabine (DIE LINKE.) .....	16, 17
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.) .....	21, 28	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	14, 15
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	4, 5	Spahn, Jens (CDU/CSU) .....	22, 23
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	25, 26	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) .....	6, 7

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	9
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie .....	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

1. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Welcher inhaltliche Dissens liegt den seit September 2014 andauernden Ressortverhandlungen bzw. der Arbeit der Koalitionsarbeitsgruppe zur gesetzlichen Grundlage für das Deutsche Institut für Menschenrechte e. V. (DIMR) zugrunde?
  
2. Abgeordneter  
**Tom Koenigs**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Welche Ressorts innerhalb der Bundesregierung haben Klärungsbedarf, Bedenken oder Vorbehalte gegen den Gesetzentwurf zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das DIMR aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz?
  
3. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      In welcher Form sind zum gegenwärtigen Stand die Rechtsform und die Beibehaltung der Unabhängigkeit (das Aufgabenfeld) des DIMR zwischen den Ressorts der Bundesregierung bzw. den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD streitig?
  
4. Abgeordnete  
**Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Ist für die Kabinettsitzung am 25. Februar 2015 die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das DIMR vorgesehen?
  
5. Abgeordnete  
**Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Wann haben die letzten Ressortgespräche (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Christian Lange in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 28. Januar 2015, Protokoll S. 7709) zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das DIMR stattgefunden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

6. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Beinhaltet die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündlichen Fragen 3 und 4 zu Schulden in Fremdwährungen (Anlage 3 und 4 des Plenarprotokolls 18/81) auch Körperschaften öffentlichen Rechts wie Rentenversicherung, Berufsgenossenschaften und weitere (aus der Antwort geht dies nicht klar hervor), und wenn nein, welche Aussagen kann die Bundesregierung bezüglich der ursprünglich formulierten Frage machen (vgl. Mündliche Fragen 3 und 4 auf Bundestagsdrucksache 18/3811)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

7. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, dass nach § 16e des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in alter Fassung (vor dem 1. April 2014) Erhöhungen des Entgelts im Rahmen der Förderungen berücksichtigt werden konnten, also anders als in der aktuellen Fassung des § 16e SGB II, und wie ist nach Auffassung der Bundesregierung prinzipiell sichergestellt, dass bei Beschäftigungsförderungen durch Lohnkostenzuschüsse der geltende gesetzliche Mindestlohn sowie mögliche tarifliche Zahlungen tatsächlich eingehalten werden, um zu verhindern, dass durch öffentliche Gelder widerrechtliche Arbeitsverhältnisse unterhalb des Mindestlohns oder tariflicher Bezahlung subventioniert werden?
8. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die prognostizierten Gesamtausgaben in der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Altersrente für besonders langjährig Versicherte vom 1. Juli 2014 bis zum Jahr 2030 abzüglich möglicher Beitragsausfälle sowie der bereits im RV-Leistungsverbesserungsgesetz in Tabelle 1 aufgeführten Mehrausgaben (Bundestagsdrucksache 18/909), und inwiefern wurde in dieser Tabelle berücksichtigt, dass eine Ausweitung der Anspruchsvoraussetzungen bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte zum 1. Juli 2014 etwa um bestimmte Zeiten der Arbeitslosigkeit den Kreis der Begünstigten der im Rahmen des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes eingeführten Altersrente für besonders langjährig Versicherte ab 65 Jahren erhöht?

9. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie verändert sich die Aufteilung innerhalb der Gruppe der jährlich rund 200 000 Begünstigten einer Altersrente für besonders langjährig Versicherte ab 63 Jahren zwischen solchen Begünstigten, die auch ohne die neue Rentenart mit 63 in Rente gegangen wären, und solchen Begünstigten, die ohne diese Regelung einen späteren Rentenzugang gewählt hätten (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 61 auf Bundestagsdrucksache 18/729), wenn die Bundesregierung nunmehr von verstärkten Vorzieheffekten ausgeht (Ausschussdrucksache 18(11)275), und welchen Anteil haben diese beiden Gruppen jeweils an den von der Bundesregierung maximal prognostizierten Kosten in Höhe von 1 Mrd. Euro im Einführungsjahr 2014, d. h. ohne Berücksichtigung der Kosten für die freiwillig Versicherten bzw. möglicher Beitragsausfälle (Ausschussdrucksache 18(11)275)?
10. Abgeordnete  
**Veronika Bellmann**  
(CDU/CSU)
- Inwiefern ist der Bundesregierung bekannt, dass für die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Bundesministerium der Finanzen per 1. Januar 2015 zur sofortigen Einführung angewiesenen neuen kassenrechtlichen Verfahren in den Jobcentern, die entsprechenden organisatorischen, technischen sowie personellen Voraussetzungen nach mir vorliegenden Informationen nicht gegeben sind, und wann ist seitens der Bundesregierung geplant, die Voraussetzungen im Sinne von reibungslosen und verzögerungsfreien Antragsbearbeitungen zu schaffen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

11. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Position wird die Bundesregierung bei dem Treffen der Verteidigungsminister der NATO-Staaten zur Nuklearstrategie des Bündnisses am 5. Februar 2015 in Brüssel vertreten (bitte detailliert begründen), und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu russischen Tests eines neuen, mit Nuklearwaffen bewaffnungsfähigem Marschflugkörper?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

12. Abgeordnete  
**Katrin  
Kunert**  
(DIE LINKE.)
- Mit welchem zeitlichen Fahrplan zur Erarbeitung eines Konzepts zur Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, dass die Gespräche mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden mit einem tragfähigen Ergebnis zum Abschluss gebracht werden?
13. Abgeordnete  
**Katrin  
Kunert**  
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Vorschlägen ist die Bundesregierung selbst initiativ geworden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

14. Abgeordnete  
**Elisabeth  
Scharfenberg**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung konkret zu tun, um die in der vom Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, in Auftrag gegebenen und vorgestellten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit zur Vergütung in den Pflegeberufen „Was man in den Pflegeberufen in Deutschland verdient“ aufgezeigten eklatanten Lohnunterschiede zwischen den Berufsgruppen der Kranken- und der Altenpflegekräfte einerseits, und die regionalen Unterschiede in der Bezahlung sowohl von Kranken- als auch von Altenpflegekräften andererseits, anzugleichen?
15. Abgeordnete  
**Elisabeth  
Scharfenberg**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung nach wie vor an der Strategie fest, eine generalistische Pflegeausbildung umzusetzen, wie vom Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, in der Pressemitteilung zur Studie über die Vergütung in den Pflegeberufen gefordert, und welche Einschätzung hat die Bundesregierung dazu, wie sich die gemeinsame Ausbildung auf die Entwicklung der Löhne für den Bereich der Kranken- und der Altenpflege entwickeln wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

16. Abgeordnete  
**Sabine  
Leidig**  
(DIE LINKE.)
- Welche anderen Möglichkeiten als die „Nutzung bestehender Kontrollbrücken zur Kontrolle der Entrichtung der Maut nach dem Bundesfernstraßenmautgesetz“ werden „im Rahmen der Erstellung des Kontrollkonzepts“ für die Pkw-Maut geprüft (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 17 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/3892), und von welchem Kostenvorteil geht die Bundesregierung für den Fall der Nutzung der bestehenden Kontrollbrücken aus?
17. Abgeordnete  
**Sabine  
Leidig**  
(DIE LINKE.)
- Unter welchen Bedingungen kann die Bundesregierung die Kontrolle der Einhaltung der Pflicht zur Entrichtung der Infrastrukturabgabe ohne Ausschreibung direkt an einen privaten Dienstleister vergeben, und mit welchen Anbietern wird die Bundesregierung bezüglich einer Fremdvergabe Gespräche führen?
18. Abgeordneter  
**Herbert  
Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 28. Januar 2015, den die Zeitung „DIE ZEIT“ gegen das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur angestrengt hatte ([www.zeit.de/2015/05/pkw-maut-alexander-dobrindt/komplettansicht](http://www.zeit.de/2015/05/pkw-maut-alexander-dobrindt/komplettansicht)), Rechtsmittel einlegen (bitte mit Begründung), und wenn nein, wird die Bundesregierung die Modellrechnungen, auf denen die Einnahmeprognose der Infrastrukturabgabe basiert, in diesem Zusammenhang auch dem Parlament zugänglich machen (bitte mit Begründung)?
19. Abgeordneter  
**Herbert  
Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung – vor dem Hintergrund ihrer Antwort zu Frage 23 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/3892 – nach dem der „Entwurf des Infrastrukturabgabengesetzes [...] keinen der im Grundgesetz aufgeführten Zustimmungsbedürftigkeitstatbestände“ erfüllt – aus den Nummern 14 bis 17 der Empfehlungen der Ausschüsse zum Infrastrukturabgabengesetz (Bundratsdrucksache 648/1/14), in denen diese die Zustimmungsbedürftigkeit des Gesetzes feststellen und erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken wegen der Aufgabenübertragung des Bundes an die nach Landesrecht für die Kfz-Zulassung zuständigen Behörden geltend machen?

20. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist die Gesamtzahl und der Anteil der in den Jahren seit 2009 kontrollierten Lkw auf Autobahnen und Bundesstraßen, die ein zu hohes zulässiges Gesamtgewicht auswiesen, und von welcher Gesamtzahl an Lkw-Fahrten mit zu hohem zulässigem Gesamtgewicht pro Tag geht die Bundesregierung aufgrund dieser Zahlen aus?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

21. Abgeordneter  
**Dr. André  
Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele der im Freistaat Sachsen in den Jahren 2013 und 2014 erlegten Wildschweine wurden nach Kenntnis der Bundesregierung auf radioaktive Belastungen hin untersucht, und welche Ergebnisse gab es dabei (bitte Zahl der erlegten, untersuchten und über den zulässigen Wert radioaktiv verstrahlten Tiere nennen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Forschung**

22. Abgeordneter  
**Jens  
Spahn**  
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Anordnung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die AVR-Brennelemente (AVR = Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor) aus dem derzeitigen Lager beim Forschungszentrum Jülich schnellstmöglich zu entfernen, und bis wann sollte aus Sicht der Bundesregierung eine entsprechende Entfernung erfolgen?
23. Abgeordneter  
**Jens  
Spahn**  
(CDU/CSU)
- Wie ist die Kostenschätzung jeweils für die drei im Raum stehenden Alternativen zum Verbleib der AVR-Brennelemente in Jülich, also alternativ für den Neubau eines Lagers in Jülich, für einen Transport nach und eine entsprechende Lagerung im Zwischenlager Ahaus oder für den Rücktransport ins Herkunftsland USA, und wie ist der Stand der Verhandlungen mit den USA bezüglich einer möglichen Rückführung der AVR-Brennelemente aus Jülich in die USA?



24. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich einer Zahlungszusage in Höhe von 3 Mio. Dollar an das US-amerikanische Savannah River Site vom Dezember 2014 für die Wiederaufbereitungsforschung im Zusammenhang mit einem evtl. Export der abgebrannten Brennelemente aus dem Reaktor AVR Jülich, und was soll mit diesem Geld konkret erforscht werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

25. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern treffen die Schilderungen im Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ (vgl. Ausgabe vom 24. Januar 2015 „Gegen Ethos und Gewissen“) zu, wonach der Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Friedrich Kitschelt die damalige Abteilungsleiterin U. M. in ihrem Büro aufgesucht und in aggressiver Weise aufgefordert habe, die Bewertung ihrer Mitarbeiterin G. H. abzusenken, und wie hat sich das daraufhin stattgefundene Gespräch zwischen U. M. und dem Bundesminister Dr. Gerd Müller im Ministerbüro zugetragen, wo U. M. den Bundesminister über den aus ihrer Sicht Versuch der „Nötigung“ durch den Staatssekretär Dr. Friedrich Kitschelt in Kenntnis gesetzt hat?
26. Abgeordneter  
**Uwe  
Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Kann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung plausibel darlegen, wie der erst wenige Wochen im Amt befindliche Nachfolger von U. M. die Mitarbeiterin G. H. objektiver beurteilen kann, als deren langjährige Vorgesetzte U. M., und welche Konsequenzen erwägt der Bundesminister Dr. Gerd Müller, sollte die Staatsanwaltschaft tatsächlich Klage gegen den Staatssekretär Dr. Friedrich Kitschelt wegen Nötigung erheben oder diesen gar verurteilen?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und  
des Bundeskanzleramtes**

27. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird der geplante Erweiterungsbau des Bauhaus-Archivs e.V./Museum für Gestaltung in Berlin pünktlich zum Bauhaus-Jubiläum 2019 fertiggestellt sein, und falls nicht, was für Alternativpläne gibt es für die Jubiläumsschau?
28. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Stunden sendeten nach Kenntnis der Bundesregierung die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten in den Monaten Dezember 2014 und Januar 2015 zum Thema Sport (bitte nach ARD, ZDF, sonstige Sender sowie Sendezeiten für Fußball, Wintersport, Behindertensport, Breitensport und sonstige Sportbereiche aufschlüsseln), und inwieweit hält die Bundesregierung den Anteil des Behindertensports sowie des Breitensports in der Sportberichterstattung für angemessen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft  
und Energie**

29. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Seit wann genau im Dezember 2014 (bitte Kalenderdatum) liegt das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie beauftragte Gutachten zu den nuklearen Entsorgungsrückstellungen vor (vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 10 auf Bundestagsdrucksache 18/3812), und bis wann soll es nach aktueller Planung abgenommen sein (bitte angestrebte Kalenderwoche angeben)?
30. Abgeordnete  
**Katharina Dröge**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die Ankündigung der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, die Transparenzregeln der UNCITRAL (= Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht) auch auf bereits in Kraft getretene bilaterale Investitions- und Handelsabkommen anzuwenden, und welche Verpflichtungen erwachsen Deutschland daraus?

31. Abgeordnete  
**Katharina Dröge**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, die für die Anwendung der UNCITRAL-Transparenzregeln erforderlichen Änderungen der Verträge vorzunehmen?
32. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des bayerischen Energiedialogs, welcher am 2. Februar 2015 endete, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass der Korridor D (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung [HGÜ]) von Bad Lauchstädt nach Gundremmingen nicht gebaut wird (bitte begründen)?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

33. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Beratungsleistungen für die Sicherheitssektorreform im Irak werden derzeit in der NATO diskutiert, und erwägt die Bundesregierung hierzu einen Beitrag in Aussicht zu stellen?
34. Abgeordneter  
**Wolfgang Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Moskauer Syrien-Konferenz (News@orf.at: „Syrien-Gespräche beginnen in Moskau“ vom 25. Januar 2015, <http://orf.at/stories/2262607/>), an der gewaltfreie demokratische Organisationen der syrischen Opposition sowie Regierungsvertreter teilnahmen, und welche Organisationen und Persönlichkeiten der syrischen Opposition haben nach Kenntnis der Bundesregierung an der Konferenz teilgenommen?
35. Abgeordneter  
**Wolfgang Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die Konferenzteilnehmer sich auf einen 10-Punkte-Plan einigten, der die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien fordert, den Rücktritt von Staatspräsident Baschar al-Assad nicht mehr als Vorbedingung für eine Beteiligung an einer Übergangsregierung nennt und die ausländische Intervention im syrischen Konflikt verurteilt, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Entwicklung im Hinblick auf eine Unterstützung der geplanten Fortsetzung der Gespräche zwischen der syrischen Regierung und der syrischen Opposition in Moskau?

36. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Erkenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass die türkische Regierung im Jahr 2014 Waffen an radikale Islamisten in Syrien (Waffen, Raketen und Munition) geliefert haben soll, wobei es sich um drei Lastwagenladungen mit Kriegswaffen an al-Qaida gehandelt habe, mit denen die islamistischen Gegner des syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad unterstützt werden sollten, wozu der damalige Premierminister und heutige Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan zur Durchsichtung der Lastwagen öffentlich erklärte, dass die Kontrolleure der Staatsanwaltschaft keine Lastwagen des Geheimdienstes MIT stoppen dürfe und die Lastwagen humanitäre Hilfsgüter transportieren würden ([www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkischer-geheimdienst-soll-waffen-an-al-qaida-geliefert-haben-a-1013499.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkischer-geheimdienst-soll-waffen-an-al-qaida-geliefert-haben-a-1013499.html))?
37. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass es für Soldaten der ukrainischen Armee Abschussprämien (pro vernichtetes Fahrzeug ca. 600 Euro, pro zerstörten Panzer 2 400 Euro, pro abgeschossenes Kampfflugzeug 6 000 Euro und für jeden Tag im Kampfeinsatz 50 Euro) geben soll ([www.derstandard.at/20000110323D6/Abschusspraemien-fuer-ukrainische-Soldaten](http://www.derstandard.at/20000110323D6/Abschusspraemien-fuer-ukrainische-Soldaten)), und inwieweit hält die Bundesregierung Abschussprämien für ein demokratisch legitimes Mittel der Motivation für eine weitgehend demoralisierte und kampfunwillige Armee ([www.taz.de](http://www.taz.de) vom 20. Mai 2014 „Das Militär geht auf dem Zahnfleisch“ und [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de) vom 30. Januar 2015 „Ukrainische Armee in Auflösung“)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

38. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern plant die Bundesregierung, die Regelungen des Aufenthaltsrechts (insbesondere § 51 des Aufenthaltsgesetzes) zu ändern, um zirkuläre Migration und die Einwanderung von Fachkräften nach dem Vorbild der gesetzlichen Regelungen, die am 1. Juli 2014 in Schweden in Kraft getreten sind und unter anderem vorsehen, dass a) eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erst nach einem zweijährigen Aufenthalt außerhalb von Schweden erlischt, b) Ausländerinnen und Ausländer mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis ohne Verlust ihres Aufenthaltsrechts in Schweden und ohne Beeinträchtigung ihrer Möglichkeiten unter gewissen Voraussetzun-

gen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu beantragen der zwischenzeitliche Aufenthalt im Ausland erlaubt werden kann, sowie c) abgelehnten Asylwerberinnen und Asylbewerbern, die Arbeit finden, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann, zu erleichtern?





